

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Werner Kuhn (Zingst), Volkmar Uwe Vogel, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Georg Brunnhuber, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Hubert Deittert, Enak Ferlemann, Peter Götz, Bernd Heynemann, Klaus Hofbauer, Volker Kauder, Norbert Königshofen, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Klaus Minkel, Marlene Mortler, Henry Nitzsche, Günter Nooke, Albert Rupprecht (Weiden), Wilhelm Josef Sebastian, Gero Storzjohann, Lena Strothmann, Gerhard Wächter, Marco Wanderwitz und der Fraktion der CDU/CSU

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/2311 –**

Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist eine zentrale Aufgabe für den Ausbau der Verkehrswege. Aus diesem Grund hat der Länderfachausschuss Straßenbaurecht im August 2003 in seinem Eckpunktepapier „Beschleunigung der Planungsverfahren für Bundesfernstraßen“ konkrete Vorschläge für bundesweite Beschleunigungsmöglichkeiten in Planungs- und Genehmigungsverfahren unterbreitet. Die Bundesregierung hat in ihrem Erfahrungsbericht zum Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz (Bundestagsdrucksache 15/2311) diese Vorschläge auch positiv bewertet und eine entsprechende Gesetzesinitiative in Aussicht gestellt.

Daran anknüpfend haben die Verkehrsminister der Bundesländer daher auf ihrer Konferenz am 12./13. Oktober 2004 in Bad Neuenahr-Ahrweiler mit überwältigender Mehrheit die Bundesregierung aufgefordert, eine umfassende Initiative hierfür zu starten und zeitnah Vorschläge für eine gesetzgeberische Umsetzung vorzulegen. Die Minister begrüßen in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung angekündigt hat, das Maßnahmenpaket des Länderfachausschusses Straßenbaurecht in einem Gesetzesentwurf zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren umzusetzen und bedauern, dass ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren nicht mehr vor Außerkräfttreten des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes abgeschlossen werden wird. Die Ländervertreter stellen daher fest, dass die Verlängerung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes für die neuen Länder bis zum Wirk-

samwerden des vom Bund angekündigten Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren unverzichtbar ist.

Da das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz zum 31. Dezember 2004 ausläuft, ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die angekündigte Gesetzesinitiative zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren – unter Berücksichtigung der Vorschläge des Länderfachausschusses Straßenbaurecht – zu erarbeiten und
- dem Deutschen Bundestag unverzüglich ein Gesetz zur Änderung des geltenden Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes zuzuleiten, das eine Verlängerung der Geltungsdauer für die neuen Länder wenigstens bis zum Wirksamwerden der erwähnten Gesetzesinitiative vorsieht.

Berlin, den 9. November 2004

Dirk Fischer (Hamburg)

Eduard Oswald

Werner Kuhn (Zingst)

Volkmar Uwe Vogel

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Georg Brunnhuber

Renate Blank

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Klaus Brähmig

Hubert Deittert

Enak Ferlemann

Peter Götz

Bernd Heynemann

Klaus Hofbauer

Volker Kauder

Norbert Königshofen

Peter Letzgus

Eduard Lintner

Klaus Minkel

Marlene Mortler

Henry Nitzsche

Günter Nooke

Albert Rupprecht (Weiden)

Wilhelm Josef Sebastian

Gero Storjohann

Lena Strothmann

Gerhard Wächter

Marco Wanderwitz

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion